

Guatemala Stadt – 13. Januar 2019

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (41)

Es ist Januar. Ein kühler Monat in der Trockenzeit, aber es regnet immer wieder; Chipichipi nennen wir diesen Nieselregen. Es ist eher ungemütlich, nur – politisch gesehen – ist das viel zu kurz gegriffen; wir stehen am Abgrund... und sind dabei den letzten Schritt zu tun. Der Pakt der Korrupten zieht seine Strategie radikal durch, weshalb es die Notizen diesmal an einem ungewohnten Datum gibt. Ich schreibe sie aus Sicht von vier der fünf Verfassungsrichter. Sie sind mutig, tragen eine Riesenlast und laufen grosses persönliches Risiko.

Das Verfassungsgericht ist als unabhängiges Organ konzipiert, das ausserhalb der gewöhnlichen Gerichtsbarkeit agiert und ausschliesslich zum Schutz der Verfassung existiert. In der Region ist das ungewöhnlich, da die meisten Länder lediglich eine Verfassungskammer am obersten Gericht (CSJ), also innerhalb der normalen Gerichtsbarkeit haben. Guatemalas System, für Europäer normal, ist den Erfahrungen des Bürgerkrieges geschuldet und soll Unabhängigkeit garantieren. Natürlich war, schliesslich reden wir von Guatemala, nicht an eine vollständige Unabhängigkeit gedacht, weswegen je ein/e RichterIn und sein/e StellvertreterIn in wenig transparenten Prozessen vom Präsidenten, dem Kongress, dem obersten Gericht (CSJ), der Anwaltskammer und der San Carlos Universität ernannt werden. Der Unterschied zu früher ist, dass diesmal eine Mehrheit von ihnen ihren Auftrag ernst nimmt.

Fünfmal¹ haben die vier in den letzten 16 Monaten Entscheidungen der Regierung gegen die CICIG aufgehoben. Zuerst im Herbst 2017 (Notizen 27), als Ivan Velásquez, der Chef der CICIG zur „persona non grata“ erklärt wurde und ausgewiesen werden sollte; das nächste Mal, als im Dezember 2018 elf Ermittlern der CICIG die Visa nicht verlängert werden sollten. Danach ging es Schlag auf Schlag. Auf jede

¹ Es gab auch andere Urteile, die die Eliten in Rage versetzten, wie die einstweilige Stilllegung verschiedener Minenprojekte, u.a. weil es keine Volksbefragung der indigenen Völker gab, in deren Gebiet solche Projekte stattfinden.

Entscheidung des Gerichts folgte ein Gegenschlag. Verfassungsrecht wurde beliebig und das Gericht systematisch demontiert. Niemals wurden die Urteile des Verfassungsgerichts wirklich akzeptiert sondern der Rechtsstaat aus Regierung und Kongress heraus angegriffen und Stück für Stück zerlegt. Ins Zentrum rückte damit, neben der CICIG, das Verfassungsgericht. Es soll um jeden Preis entmachtet oder abgeschafft werden, weil es bereit ist, Gesetze und Regeln zu verteidigen. Es gibt eine Gesetzesinitiative zu seiner Abschaffung² als unabhängige Instanz und Strafanzeigen und Anträge auf Aufhebung der Immunität gegen seine „Magistrados“; aber nicht, weil sie goldene Löffel gestohlen haben sondern wegen nicht genehmer Rechtsanwendung. Der Skandal ist, dass einer dieser Anträge vom Generalprokurator kommt, der die Legalität des Regierungshandelns garantieren sollte und keinerlei Mandat für solche Anträge hat. Strafrecht soll Verfassungsrecht überprüfen; das ist absurd und extrem gefährlich, da über die Immunität dieser RichterInnen der Kongress entscheidet, wo mehrheitlich der reine Hass auf CICIG und Verfassungsgericht herrscht. Viele Abgeordnete werden wegen Korruption verfolgt oder befürchten das. Eigentlich dürften sie an keiner dieser Entscheidungen teilnehmen; sie haben einen klaren Interessenskonflikt, genau wie die RichterInnen des obersten Gerichts, die in einer Vorentscheidung den Weg zum Kongress eröffnen müssen. 11 der 13 obersten Richter bilden eine ständige Mehrheit zu Gunsten des Paktes der Korrupten; seine 2016 angelaufene Säuberung ist längst im Sand verlaufen.

Und sie haben auch die Wahlen im Juni im Auge, will doch die ehemalige Generalstaatsanwältin Aldana zur Präsidentschaft kandidieren.... was im Erfolgsfall eine Katastrophe für den Pakt der Korrupten wäre. Eines der diskutierten Szenarien schliesst daher die Erklärung des Notstandes und die Suspendierung der Wahlen mit ein. Dazu wurden in den letzten Monaten vor allem die Sicherheitsorgane systematisch gesäubert und umstrukturiert.

Aber zurück zum Verfassungsgericht. Als klar war, dass die Visa der CICIG Mitarbeitenden erteilt

² Es soll der ordentlichen Gerichtsbarkeit und damit der Kontrolle des in seiner Mehrheit korrupten CSJ unterstellt werden.

werden müssten, wurden die elf Ermittler ins Aussenministerium geladen. Es schien als würde das in Erfüllung des Urteils geschehen, aber es war eine Finte. Die Ermittler waren ohnehin noch im Weihnachtsurlaub und als einer von ihnen, Ylen Osorio, am Samstag, dem 5.1., einreisen wollte, wurde er am Flughafen schlicht festgesetzt und sollte – trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichts – sofort wieder ins Flugzeug gesetzt und nach Kolumbien abgeschoben werden. Es war längst klar, dass es nicht mehr nur um die CICIG sondern um die Annullierung rechtsstaatlicher Regeln ging. Der Grossangriff lief und die militärischen Geheimdienstler aus den Kriegsjahren kontrollierten den Rhythmus.

Währenddessen herrschte Ausnahmezustand am Flughafen. Der Flug nach Kolumbien wurde um Stunden verschoben; Passagiere protestierten gegen den Präsidenten im Flugzeug, die ganze Nacht gab es ausserhalb des Flughafens Proteste; die Polizei fuhr massiv auf, der Flughafen wurde praktisch abgeriegelt, zeitweise konnte kein Passagier mehr einchecken. Dann, am Sonntagnachmittag, ordnet das Verfassungsgericht die unmittelbare Einreise Osorios an; Innenminister Degenhardt war da schon persönlich vor Ort und versuchte, Migrations- und Polizeibeamte einzuschüchtern, damit sie das Urteil nicht beachten. Einige Beamte drückten gegenüber der Presse aus, sie wüssten nicht mehr was tun. Der Menschenrechtsombudsmann war da, die Vereinten Nationen, die Staatsanwaltschaft und protestierende BürgerInnen. Der Polizeipräsident scheint in dieser Situation nicht funktioniert zu haben, wie er sollte³...aber das Urteil des Verfassungsgerichts wurde über Stunden schlicht ignoriert. Ein Richter kam, traute sich aber nicht, die Freilassung des Kolumbianers durchzusetzen; statt dessen ordnet er an, ihm Matratzen für die nächste illegale Übernachtung im Flughafen zu geben. Erst als die Staatsanwälte nach Stunden der Diskussion im Flughafen endlich die Weisung ihrer Chefin Consuelo Porras⁴ zu Festnahmen wegen Behinderung der Justiz und Amtsmissbrauch erhalten, bröckelt die Front und der CICIG-Ermittler wird nach weiteren

Stunden freigelassen. Als die Staatsanwälte dann aber die federführenden Migrationsbeamten festnehmen wollen, weigert sich die Polizei schlicht, mitzuspielen. „Rechtsstaat? Kennen wir nicht. Brauchen wir nicht“. Am Sonntagnachmittag erklärt der Innenminister sinngemäss: „Schluss mit der Diktatur der Richter. Wir entscheiden, was Recht ist.“

Die vier Richter des Verfassungsgerichts wissen um das Damoklesschwert über ihrem Kopf. Die CSJ soll noch in dieser Woche entscheiden, ob die Immunitätsaufhebungsanträge gegen sie auf den Weg zum Kongress geschickt oder als offensichtlich unzulässig abgewiesen werden. Wohlgermerkt: sie haben keine goldenen Löffel gestohlen sondern nicht genehme Urteile gesprochen. Jeder Antrag kritisiert ein Urteil, behauptet eine andere Rechtsauffassung und will justizielles Handeln kriminalisieren. Strafjustiz als Berufungsinstanz.

In dieser Situation sind sie sehr einsam, unsere vier RichterInnen; trotz aller Unterstützung auf den Strassen. Die Gefahr ist real. Die andere Seite spielt mit allen Tricks und ist angesichts der Erfolge von CICIG und Staatsanwaltschaft zum Äussersten entschlossen. Auch unter den organisierten Unternehmern findet sich niemand, der auf die Verfassung setzen will und Präsident Jimmy Morales bekommt noch am Montagmorgen vom Unternehmerverband CACIF einen Freibrief ausgestellt. Viele der CACIF-Kollegen sitzen ein oder rechnen mit Verfolgung; Dreck haben sie alle am Stecken. Gerade war durchgesickert, dass CICIG und Staatsanwaltschaft im Januar einen neuen Fall gegen den Präsidenten und seine Partei vorstellen wollten. Felipe Bosch, Kernfigur des CACIF, soll einen grossen Teil der dem Wahlgericht 2015 verheimlichten 210 Checks über Millionenbeträge ausgestellt haben. Jimmy wäre als Generalsekretär strafrechtlich verantwortlich; und Bosch natürlich auch. Warten ging nicht mehr.

Aber noch ist es Montag, der 6.1.; Ylen Osorio konnte gestern nach 25 Stunden am Flughafen endlich einreisen, aber es war klar, dass es nicht dabei bleibt. Am Montag um 16:15 Uhr trifft sich die Aussenministerin in New York mit dem UN-Generalsekretär. Sie kündigt eine Pressekonferenz für 17 Uhr an; Morales eine für 18 Uhr in Guatemala.

³ Er wird 48 Stunden später abgesetzt.

⁴ Seit ihrer Ernennung hat sie versucht alles auszusitzen und eher die Zuschauerin in einem makabren Spiel gegeben.

Sie teilen mit, dass Morales den CICIG Vertrag einseitig gekündigt hat. Der Vertrag verbietet das, aber das interessiert sie nicht. Vorzeitig kann ihn nur die UNO beenden, aus naheliegenden Gründen. Mit ihm sollen schliesslich die illegalen Strukturen in Staat und Regierung bekämpft werden. Der Beschluss verstösst auch gegen nationales und Verfassungsrecht, ist doch der Vertrag über Art. 46 der Verfassung längst Teil der eigenen Legislation.

Die Pressekonferenz in Guatemala ist ein Attentat auf jede Ethik. Morales redet umgeben von angeblichen Opfern der „kriminellen“ Aktionen der CICIG. Zum Beispiel ist da das Ehepaar Bitkov (Notizen 39), das noch vor wenigen Tagen erneut u.a. wegen Fälschung verurteilt wurde⁵. Oder ein junger Mann namens Zimeri, der angeblich von einem Sicherheitsbeamten der CICIG bei einer Schlägerei bei einem Fussballspiel verletzt wurde und sich theatralisch mit Hilfe auf die Bühne schleppt.⁶ Oder die Gebrüder Váldez, die im Fall Rosenberg mit dem Kontakt eines Killers zur Hand waren. Es war unerträglich, wie der Präsident an der Seite von Kriminellen gegen die CICIG ausholte. Es war aber auch eine klare Ansage. Sinngemäss sagte er: „Die CICIG muss innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen.“ Und: „Die Tage des Verfassungsgerichts sind gezählt. Wir interpretieren ab jetzt das Recht.“

Das Verfassungsgericht gab der Regierung eine Frist von drei Stunden zur Information, dann tagten sie ab 20 Uhr, um am Dienstag um 5 Uhr früh die Suspendierung der einseitigen Kündigung des CICIG-Vertrages anzuordnen. Sie befahlen noch nicht die Absetzung von Aussen- und Innenminister, auch nicht die des Präsidenten, ordneten auch keine Strafermittlungen an. Sie haben die Befugnis dazu, machen also eher ein Friedensangebot; aber es wird ausgeschlagen. Am gleichen Tag wird der CICIG mitgeteilt, dass die Waffenerlaubnis für ihr Sicherheitspersonal widerrufen wurde und sie u.a. fünf Polizeiwagen zurückgeben muss. Es sind dramatische Stunden. Würden sie mit Waffengewalt

⁵Bitkov wird in Russland gesucht. Bei seiner Flucht war „zufälligerweise“ Innenminister Degenhardt Chef der zuständigen Migration, die ihm die falschen Papiere ausstellte.

⁶ Seine neuen Freunde aus der Regierung haben wohl versäumt ihm zu empfehlen, sein Facebook vor seinem Auftritt mit Jimmy zu säubern: dort posiert er bis an die Zähne bewaffnet.

agieren nach Ablauf der 24 Stunden? Die CICIG setzte ihr Sicherheitsprotokoll in Kraft und schaffte den Grossteil ihres Personals noch vor dem Urteil ins Ausland. Schon am nächsten Tag wurde in verschiedenen Gerichten beantragt, ihre Anwälte wegen Nichterscheinens auszuschliessen. Tatsächlich war die CICIG jetzt raus aus Guatemala; allerdings machte der UN-Generalsekretär noch am gleichen Tag klar, dass es damit nicht vorbei ist: „Die CICIG arbeitet bis September. Die Entscheidung der Regierung Guatemalas ist illegal.“

Am Mittwoch dann agiert das oberste Gericht CSJ wie befürchtet. Mit 11 von 13 Stimmen wird das erste Immunitätsverfahren gegen drei Verfassungsrichter an den Kongress weitergeleitet. Der Pakt der Korrupten funktioniert und es ist erst der erste Schritt. An diesem Tag werden noch zwei neue Anträge gestellt: von einem Ex-Berater von Otto Pérez Molina und seinem Ex-Innenminister López Bonilla; beide sitzen ein. Und ein zweiter von der Vereinigung der „Würdenträger der Nation“, die direkt vom Kongress finanziert wird.

Die vier RichterInnen bleiben ihrer Linie treu. Sie ordnen noch keine Destituierung an, sie könnten sie auch nicht durchsetzen. Aber der Moment kann kommen, in dem sie das nicht mehr vermeiden können und alles auf eine Karte setzen müssen. Auf der anderen Seite wissen sie, dass der Kongress die 105 Stimmen (2/3-Mehrheit), die er für die Abschaffung des Gerichts oder Aufhebung der Immunität braucht, noch nicht zusammen hat. Aber die Regierung kann eben auch jeder Zeit auf Gewalt setzen. Die Strasse mobilisiert zwar, hat aber noch nicht die erforderliche Stärke. Und die internationale Gemeinschaft laviert herum. EU und USA erklären ihre Unterstützung für die CICIG, erwähnen aber weder die Verfassungskrise noch den laufenden oder drohenden Staatsstreich.

Für den 12., 14. und 15.1. sind Demonstrationen angesetzt. Und dann kommt am 12.1. die Entschuldigung der Polizei für die Rückforderung der Polizeiwagen. Sie sei ein Fehler gewesen. Was steckt dahinter? Ein taktischer Schachzug oder ein Strategiewechsel?

Miguel Mörth